



BEHINDERTE

Prügel und Zwangsjacken

In einem oberösterreichischen Heim werden Kinder mißhandelt.

Bewegungsunfähige Kinder lagen übers ganze Wochenende in ihren Gitterbetten eingesperrt und wurden weder gewaschen noch umgezogen.

Die Kinder wurden in ihrem Kot liegend mit einer Brühe aus Wasser, verdünntem Leberbrottaufstrich und zerkleinertem Brot von den Schwestern gefüttert.

Kinder, die aufbegehren, wurden ins Bad gezerrt, von wo sie mit blauen Striemen und Flecken an Oberschenkeln, Gesäß und Rücken zurückkamen.

Kinder, die nicht aßen, wurden mit Schlägen auf den nackten Hintern gezüchtigt. Wenn sie dann noch immer nicht gesittet bei Tisch saßen, wurden sie an einen Heizkörper gebunden oder in ein dunkles Zimmer gesperrt.

Kinder mußten oft eine Stunde lang in Zwangsjacken am Klo sitzen, damit niemand sie beaufsichtigen mußte.

Kinder, die sich lebhaft wie Kinder verhielten, bekamen Arzneien, wie Truxal, Valium, Melleril oder Leponex.

Das ist ein Teil jener Schilderungen über Mißstände im Behindertenheim Hartheim, die 15 Mitarbeiter vor mehr als einem Jahr schriftlich bei der Heimleitung deponierten.

Das Institut Hartheim bei Alkoven in Oberösterreich ist ein Behindertenheim für 250 geistig und körperlich behinderte Kinder.

Seit die Mißstände im Heim ruchbar wurden, schlägt die Heimleitung kräftig zurück: Die 15 Mitarbeiter sind mittlerweile teils freiwillig, teils unfreiwillig aus dem Heim geschieden.

Im heurigen Februar ließ die Heimleitung das Informationsmaterial zum Thema

Hartheim gerichtlich bei der Alternativgemeinschaft Behinderter und Nichtbehinderter (AKN) beschlagnahmen.

Außerdem wurden die Mitglieder der AKN geklagt.

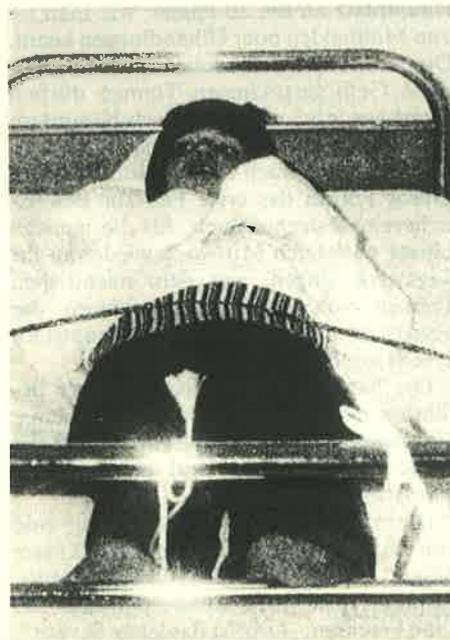
Vergangene Woche ließ die Institutsleitung eine Fotoausstellung über Hartheim, die der Pädagogikstudent Otto Anlanger in Linz veranstaltet hatte, ebenfalls beschlagnahmen.

Das Institut Hartheim hat Tradition.

1938 wurde das ehemalige Starhembergische Schloß als Euthanasieanstalt zur Vernichtung „unwerten Lebens“ eingerichtet.

1964 wurde mit der Neuerrichtung von Hartheim eine „moralische Wiedergutmachung und positive Bewältigung der Vergangenheit des anschließenden Schlosses Hartheim, wo in der NS-Zeit Zehntausende Schwerstbehinderte vergast wurden“ (Informationsblatt), begonnen.

Hartheim: Kinder an Bett gebunden



Heimträger ist der Oberösterreichische Landeswohltätigkeitsverein, in dessen Vorstand – unter einigen anderen – Pater Georg Erber, „die graue Eminenz der hiesigen Behindertenpolitik“ (Beamtenaussage), sitzt.

Erber ist auch Direktor in Hartheim. Er wirkt dort ehrenamtlich. Er hat von der Integration der behinderten Kindern seine eigenen Vorstellungen. „Böse Kinder“, so berichten die ehemaligen Mitarbeiter, mußten nicht selten auf schallgedämpften Glasbalkonen sitzen und den „braven“ Kindern im Garten so lange zusehen, bis auch sie „brav“ wurden und in den Garten durften.

Auch in der anstaltseigenen Kapelle ist es ähnlich: Für „schlimme Kinder“ gibt es einen Balkon mit schalldämpfendem Glas. Zu Vorwürfen über Mißhandlungen im Heim pflügt sich Erber eindeutig zu äußern: „Es geht nicht ohne Konsequenz.“

Direkt dem Direktor unterstellt ist Hausoberin Schwester Rhabana Desl, die die gesamte Verwaltung des Hauses über hat. Da sie kein Problem außer acht läßt, auch nicht, ob eine neue Tube Uhu zu kaufen ist, ist sie stets überlastet.

Die Kinder des Heimes sind zu sogenannten Familien (jeweils rund 13) zusammengezogen. Die Gruppenleitung hat eine geistliche Schwester, die zwar pensionsreif ist, aber keine entsprechende Ausbildung genossen hat. „Diesen unumschränkten Herrscherinnen der Familie“ (Mitarbeiterin) wüchsen die Kinder sehr oft über den Kopf. Denn die ihr zur Seite gestellten vier weltlichen Helfer seien mit Putzen und Flickarbeiten ausgelastet, daß sie sich nur am Rande mit den Kindern beschäftigen könnten.

Dafür wird das Personal um so schärfer beobachtet. In der Portiersloge am Eingang befindet sich eine zentrale Überwachungsstelle; der Portier selbst hatte bis vor kurzem Pistole und Schlagstock bei sich; die Pistole hat er inzwischen wieder abgegeben.

Seit Februar gibt es neben Erber noch einen pädagogischen Leiter, „der sich“, wie Eva Maria Fuchs, Sprecherin der inzwischen gegründeten Elterngruppe erklärt, „aber nur einzelner, besonders arger Fälle annimmt. Aber sonst hat sich überhaupt nichts geändert.“

Bleibt nur zu hoffen, daß der manchmal vorbeikommende Arzt seine Frequenzen erhöht.

Denn „dann“, erinnert sich eine inzwischen gefeuerte Mitarbeiterin, „ging es den Kindern am besten. Da wurden rasch Spielsachen hervorgeholt, und es war plötzlich Zeit, sich mit den Kindern zu beschäftigen. Aber sobald der Arzt außer Sichtweite war, war alles wieder wie vorher.“

ELISA GREGOR ■■



„HIEBE FÜR LIEBE“

profil-Cover 29/83

Nach den vorsichtigsten Schätzungen dürfte die Zahl der ausschließlich Homosexuellen in Österreich rund 300.000 (= vier Prozent der Bevölkerung, nach Hirschfeld und Kinsey – Bisexualität ist noch viel häufiger) betragen. Es handelt sich somit um eine Gruppe, deren Größe etwa der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes Vorarlberg entspricht. Angesichts dieser Verhältnisse im Bewußtsein zu verharren, es handle sich bei den Homosexuellen um eine nicht ins Gewicht fallende winzige Minderheit, deren Probleme und Interessen vernachlässigenswert wären, ist Resultat einer perfekten Verdrängung. Was würde wohl Herr Minister Ofner – selbst Exponent einer knappen Fünf-Prozent-Gruppe – dazu sagen, würde man seine Partei als Randgruppe bezeichnen, deren Anliegen der Regierung „nicht ins Fleisch zu gehen“ brauchten? Es ist daher das Verdienst Paul Yvons gar nicht hoch genug einzuschätzen, nun bereits zum zweitenmal auf die schreienden Ungerechtigkeiten aufmerksam gemacht zu haben, denen sich homosexuelle Staatsbürger in unserem „Rechtsstaat“ ausgeliefert sehen.

Wolfgang Martinek
Wien

Warum sind mit Homosexuellen nach wie vor nur Männer gemeint? Mit anderen Worten: Genügt die Tatsache allein, daß Lesben noch weniger sichtbar sind als schwule Männer und sich auch schwerer zu einer politischen Arbeit bringen lassen, schon dafür, das Thema „Lesbisch sein“ gänzlich unter den Tisch fallen zu lassen? So berichten Sie z.B. nichts darüber, daß die berüchtigten §§ 220 (Werbung) und 221 (Vereinsgründung) genauso auf Lesben zutreffen. Natürlich läßt sich unsere Situation nicht durchgehend mit der von schwulen Männern vergleichen, aber gerade eine nicht-voyeuristische Berichterstattung wäre geeignet, eine der üblichen gegen uns angewendeten Diskriminierungsformen durchzubrechen: nämlich daß wir unsichtbar zu sein haben.

Gudrun Hauer
Homosexuelle Initiative Salzburg

„STREIK DER MILLIONÄRE“

profil-Serie: Patient Medizin, Nr. 27/28/29/83

Vieles an dieser Kritik finde ich gut. Sehr polemisch und verlogen finde ich, wenn immer wieder Umsatz einer Arztpraxis gleichgesetzt wird mit Nettoeinkommen. Ich frage immer wieder Leute, die in meiner (psychiatrischen) Praxis darüber schimpfen, daß ihr praktischer Arzt sich keine Zeit für ein Gespräch für sie nehme, was sie glauben, daß er verdiene, wenn er so wie ich 30 bis 60 Minuten pro Patient bei einer Ordination mit ihnen spräche. Die Meinung der Patienten: 400 bis 800 Schilling. Tatsache ist, daß der praktische Arzt pro Schein, der 3 Monate gilt, zirka 130 Schilling zumindest in Oberösterreich bekommt. Zehn Gespräche in drei Monaten würden ihm 260 Schilling bringen, denn einmal kann er Psychotherapie um 130 Schilling verrechnen. Wen wundert es da, daß Kassenärzte Massenpraxen betreiben? Übrigens habe ich genau aus diesem Grund keinen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse – eine psychiatrische Massenpraxis ist wohl das fragwürdigste. So gut in vielen Bereichen unser Sozial-



versicherungssystem funktioniert, in bezug auf die Psychotherapie funktioniert es überhaupt nicht, nicht zuletzt durch die Schuld der Ärzte.

Dr. Günther Schaller
Gmunden

Im Interesse der Patienten muß ich zum Thema Gesundenuntersuchungen Stellung beziehen, da hier in unverantwortlicher Art und Weise versichert wurde: Die Wirksamkeit der Gesundenuntersuchungen mit dem Argument in Frage zu stellen, daß in England vorsorgemedizinisch betreute Patienten eine höhere Sterberate aufweisen als Patienten, die erst bei ausgebrochener Krankheit behandelt wurden, dokumentiert nicht nur die bekannte Tendenz der Berichterstattung, sondern zeugt in diesem Fall auch noch von grober sachlicher Inkompetenz. Falsch ist auch die Kritik an der Erweiterung der Ge-

sundenuntersuchung durch Magen- und Gallenröntgen. Selbstverständlich werden diese Untersuchungsmethoden nur bei entsprechendem Verdacht auf Grund der Basisuntersuchung in einem Zusatzprogramm durchgeführt. In dem Bericht entsteht der unrichtige Eindruck, daß alle Probanden, die sich gesundenuntersuchen lassen, grundsätzlich einem solchen Röntgen unterzogen werden. Was die Wirksamkeit der Gesundenuntersuchungen anbe-



Ärztchef Piaty

langt, so gibt es eindeutige Zahlen aus Vorarlberg: Zwischen 1970 und 1980 wurden in Vorarlberg beispielsweise 257.965 Vorsorgeuntersuchungen zur Krebsfrüherkennung bei Frauen durchgeführt. Neben der Krebsfrüherkennung haben die Gesundenuntersuchungen auch die Aufgabe, Risikofaktoren oder Risikosituationen eines falschen Verhaltens (Nikotin- und Alkoholabusus, Streß, falsches Arbeits-, Freizeit- und Urlaubsverhalten, nicht bewältigte zwischenmenschliche Konfliktsituation) aufzudecken und den Patienten zu einer Frühbehandlung oder zu einer Änderung der Lebensweise oder der schädlichen Umwelteinflüsse zu motivieren. In Vorarlberg wurden im genannten Zeitraum bei der gesunden Bevölkerung bei den 40jährigen 20 Prozent Risikofälle, bei den 50jährigen 30 Prozent Risikofälle und bei den 60jährigen 40 Prozent Risikofälle (mit Anlagen zu schweren Krankheitsverläufen) gefunden. Durch dieses Aufdecken der Risikopatienten konnte der Prozentsatz von positiven zytologischen Befunden um mehr als die Hälfte verringert werden. Es ist eindeutig erwiesen: Je größer die Anzahl der von der Gesundenuntersuchung erfaßten Personen ist, desto stärker sinkt die Zahl der positiven Karzinombefunde. Voraussetzung dafür ist allerdings die Bereitschaft der Patienten, bei Risikoanlage sich entsprechend zu verhalten bzw. zu ändern und in regelmäßigen Abständen notwendige Untersuchungen durchführen zu lassen.

Prim. Dr. Richard Piaty
Präsident der Ärztekammer,
Wien

PRÜGEL UND ZWANGSJACKEN

profil 28/83

Sie berichten, Kinder würden durch Schläge auf den nackten Hintern gezüchtigt, lebhaftige Kinder würden mit Beruhigungsmittel behandelt, Kinder müßten in Zwangsjacken bis zu einer Stunde sitzen. Bekanntlich sind die dem Institut anvertrauten Kinder geistig schwer behindert. Es kommt häufig vor, daß bei diesen Kindern plötzliche

Aggressionen auftreten, die sich gegen andere Kinder der Gruppe und auch gegen das Pflegepersonal richten. Daher müssen hin und wieder als Schutz für die anderen Gruppenmitglieder Beruhigungsmittel verabreicht werden, deren Dosierung sehr wohl vom Arzt bestimmt wird. Die Schutzjacke, die Sie als Zwangsjacke bezeichnen, ist – soweit ich aus meiner bisherigen Tätigkeit im Institut Hartheim weiß – nie als Züchtigungsmittel eingesetzt worden. Dasselbe gilt für die Prügelstrafe. Die geistlichen und weltlichen Mitarbeiter verrichten hier einen schwierigen Dienst, der nur mit hohem Idealismus zu bewältigen ist. Wenn man einen Rundgang durch unser Institut macht, wird man den Eindruck bekommen, daß die Kinder hier glücklich sind, weil sie sich hier vollständig integriert fühlen.

Elisabeth Geiblinger
(Institut Hartheim)
Alkoven

Hartheim genießt als Institut für schwerstbehinderte Kinder in Fachkreisen des In- und des Auslands den besten Ruf und wird als Modellfall von Besuchern aus vielen Ländern besichtigt. Die geistlichen und die weltlichen Beschäftigten des Instituts leisten seit Jahrzehnten eine vorbildliche Arbeit im Dienste der Menschlichkeit. Auch die neuesten medizinischen und pädagogischen Erkenntnisse werden nach genauer Prüfung laufend eingeführt. Die segensreiche Tätigkeit der Institutslei-

fung und nicht zuletzt der älteren und jüngeren geistlichen Schwestern schlagen sich in der offen bekundeten Dankbarkeit der meisten Eltern nieder und nicht in Striemen und blauen Flecken. Diese Errungenschaften sind aber nur das Ergebnis unermüdlicher Arbeit bis zur Selbstaufopferung, zu der eben die Berufung Voraussetzung ist. Die aufgezählten angeblichen „Mißhandlungen“ und „Vernachlässigungen“ in der Betreuung sind zum allergrößten Teil Übertreibungen und Aufbauschungen unerfahrener Theoretiker. Prophylaktische Maßnahmen zum Schutze von Patienten vor Selbstverletzungen sind in allen Krankenanstalten gang und gäbe. Auch leibliche Eltern sind von der Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Kindern nicht ausgenommen. Die in Ihrem Artikel namentlich genannten Informanten kennen Hartheim nicht von innen.

Stefan Grünzweig
Linz

● *Meine Informationen stammen von Leuten, die selbst im Heim gearbeitet haben.*
E. G.

„ALLE POLIZISTEN WAREN TAPFER“

profil 27/83 berichtete über den GaGa-Skandal

Die jüngsten Vorfälle in Wien rund um die GaGa haben nachträglich gezeigt, wie richtig unser Mißtrauen allen Parteien gegenüber ist, und das wir in unserem Jungwähler-Interview ausgedrückt haben. Politiker sind schneller beim Brechen ihrer Versprechen (oder sind dies alles Versprecher) und



Tapfere Polizisten

schrecken auch vor brutalen Polizeieinsätzen nicht zurück. Wie die friedliche Demonstration am Donnerstag gezeigt hat, geht die Provokation nicht nur von uns Jugendlichen aus. Ich weiß von Freunden, die an den Vorfällen an diesem Sonntag beteiligt waren, daß sie an

diesem Abend zur Aufgabe bereit gewesen wären, aber durch die Steinwürfe der vor dem Haus versammelten Bürger (unter denen sich auch bekannte Neofaschisten befunden haben) derart provoziert wurden, daß auch sie mit Steinen zurückgeworfen haben. Skandalös ist auch, daß die Polizei nicht gegen die steinwerfenden Bürger vorgegangen ist.

Nikolaus Kerssenbrock
Wien

*

Ich habe in meinem sehr großen Bekanntenkreis und auch in meiner Dienststelle niemanden gefunden, der nicht mit größter Befriedigung die Entfernung der Eiterbeule „Gassergasse“ durch die Wiener Sicherheitswache – der ich an dieser Stelle für ihren vorbildlichen Einsatz dan-

ken möchte – zur Kenntnis genommen hätte. Daß es in der sogenannten Wiener „Szene“ Leute gibt, die versuchen, der Polizei – wie Generalinspektor Dr. Bögl im gestrigen „Club 2“ treffend formulierte – faschistoides Verhalten zu unterstellen, ist mir klar. Warum ihnen profil dabei Schützenhilfe leistet, verstehe ich allerdings nicht. Die Räumung eines besetzten Gebäudes, aus dessen Fenstern schwere Gegenstände auf die Beamten geschleudert werden, und die Auflösung einer verbotenen Versammlung sind keine Sandkastenspiele. Daß dabei die „mindergefährliche Dienstwaffe“ (sprich Gummiknüppel) in Aktion tritt, ist angesichts des geleisteten Widerstands unumgänglich und in den Waffengebrauchsbestimmungen verankert. Wenn vorübergehend Unbeteiligte festgenommen werden, ist es nur darauf zurückzuführen, daß im turbulenten Verlauf einer derartigen Polizeiaktion die Beamten beim besten Willen nicht ad hoc unterscheiden können, wer dem inkriminierten Personenkreis angehört und wer bloß Zuschauer (und damit an seiner Festnehmung weitgehend selbst schuld) ist. Die „Dame“, die einen Sicherheitswachebeamten an der Uniform gepackt und als Nazi beschimpft hat, soll jedenfalls Gott und der Großzügig-

profil – immer aktuell:

Auch wenn Sie verreisen, lassen Sie sich profil nachsenden. Zum Beispiel während einer Dienstreise, im Urlaub oder zur Kur, profil kommt immer mit der Post.

Ständige Adresse:

(Familiename, Vorname)

(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Ich wünsche die Zustellung für die Zeit

vom _____ bis _____

an folgende Anschrift:

(Familiename, Vorname)

(Straße, Hausnummer, Hotel/Pension, Postleitzahl, Ort)

Wenn Sie Abonnent sind, geben Sie uns bitte Ihre Abo-Nr. bekannt: P _____

Ich nehme zur Kenntnis, daß mir bei Auslandsnachsendungen Porto-Mehrkosten in Rechnung gestellt werden. Bitte angeben, wenn Luftpost erwünscht!

Schicken Sie uns den ausgefüllten Kupon spätestens acht Tage vor Reiseantritt zu.

Innerhalb
Österreichs:
Postgebühr
bezahlt
Empfänger

profil

Marc-Aurel-Straße 10-12
1010 Wien

US; p. 110 82

Hartheim: Schikanen gegen „Kritiker“?

Eine Initiativgruppe erhebt neuerlich schwere Vorwürfe gegen Heimführung

LINZ. Eine „Initiative für die Behinderten im Institut Hartheim“ wendet sich mit einer neuerlichen Aussendung an die Öffentlichkeit. Die Initiative geht von einer Gruppe von 20 zum Teil ehemaligen Mitarbeitern des Instituts Hartheim aus. Das zuständige Referat in der Landesregierung hat die Vorwürfe, die über schlechte Behandlung der schwerbehinderten Kinder erhoben wurden, geprüft.

Wie die Gruppe der Mitarbeiter feststellt, waren in einigen Familien (die behinderten Kinder sind zu „Familien“ zusammengefaßt, die Red.) körperliche Züchtigung durch leitende geistliche Schwestern und weltliches Personal gang und gäbe. Es gebe auch geringe Förderungsmöglichkeiten für die Kinder, weil zu wenig Fachpersonal vorhanden sei.

Die Aussendung weist darauf hin, daß Mitarbeiter des Instituts, die

Kritik geübt hatten, jetzt schikaniert werden. So sei eine Kindergärtnerin gekündigt worden, weil sie sich zwei Minuten nicht bei den Kindern aufgehalten hatte, sondern bei den Vorbereitungen zum Mittagessen mithalf. Ein Akademiker, der in sieben Jahren eine Beschäftigungstherapie für Burschen aufgebaut hatte, sei wegen angeblich „mangelnder religiöser Einstellung“ kürzlich durch einen Vertreter für medizinisch-technische Geräte, der keine fachspezifische Ausbildung aufweisen könne, ersetzt worden. „Kritik übende“ Mitarbeiter würden durch häufige Versetzungen und unangenehmes Betriebsklima entmutigt.

Die Initiative verlangt für das Institut Hartheim ein Beschäftigungsprogramm, das den Kindern anstelle der zur Zeit praktizierten Isolation gezielte Gelegenheiten zur Integration und soziale Eingliederung gibt.

Nachdem es sich beim Institut

Hartheim um eine soziale Einrichtung handelt, die rund um die ehemalige faschistische Vernichtungsanstalt aufgebaut wurde, hat die Landesregierung eine starke moralische Verantwortung für eine gute Arbeit in diesem Institut.

Sezierte Gesellschaft

LINZ. Schon am Tag der Aussendung der Einladung kamen 200 Vorbestellungen an den Jägermayrhofer für den Abend mit Schneyder-Hildebrandt. Man ersetzte darum die bequemen Fauteuils mit harten Bänken, geliehen von der Brau-AG, und ein heißer politischer Abend konnte vor 430 Zuschauern ablaufen.

Die Duo-Kabarettisten ließen kein gutes Haar an den Wohlstandskretins, an der Gesellschaft, die Teilnahme am Kabarett als „gesellschaftlichen Ablaßzettel“ betrachtet. Sie sezierten die Machenschaften der Politiker, machten nachdenklich mit Sätzen wie „der Kapitalismus verhält sich zum Wachstum wie Absinth zum Leberkrebs“ und mancher Lacher ersticke in der Kehle. Sie haben das politische Wissen und den persönlichen Mut, der zu gutem Kabarett gehört.

Leider trennen sich die beiden, um getrennt Schlachten zu schlagen.

Gasleitung erneuert

LINZ. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes für städtische Gasleitungen beginnen Montag, 10. Mai, die Arbeiten in der Altstadt. Dabei werden die viele Jahrzehnte alten Leitungen durch neue Spheroguleitungen ersetzt. Die Grabungsarbeiten im Altstadtbereich werden in fünf Bauabschnitten durchgeführt. Die erste Bauetappe, bei der 300 bis 400 Meter neue Leitungen und Hausanschlüsse installiert werden, erstreckt sich auf die Hofgasse von der Einmündung in den Hauptplatz bis zur einmündenden Hahnengasse. Für diesen Abschnitt gilt ab Montag ein zehntätiges Fahrverbot.

Zweierlei Jazz im Brucknerhaus

LINZ. Der erste Auftritt wurde von der Schweizer Gruppe „Om“ gestaltet. Das Quartett, bestehend aus dem Saxophonisten Urs Leimgruber, dem Gitarristen Christy Doran, Bobby Burri am Baß und dem Schlagzeuger Fredy Studer, existiert seit nunmehr zehn Jahren und spielt sehr effektvollen Rock-Jazz. Besonders der Schlagzeuger Studer und Gitarrist Doran treten hervor. Studer spielt äußerst präzise und dynamisch, während Doran seine Anleihen eher von John McLaughlin oder Jimmy Hendrix als aus der Tradition der Jazzgitarre bezieht. Als zweite Band präsentierte die

Differenz bis zu 70 Prozent

Bei Preisen nach wie vor wildes Durcheinander

LINZ. Im März nahmen die Kontrollorgane der Landespreisbehörde Erhebungen bei Kaffeeautomaten, Elektromessern und Schnellkochtöpfen vor. Insgesamt wurden 469 Betriebe überprüft. Die Preisgestaltung bei einigen Artikeln war „sehr unterschiedlich“ und für den Konsumenten schwer überschaubar.

So wurden beispielsweise bei einer bestimmten Kaffeeautomatenmarke 43 unterschiedliche Preise erhoben. Der niedrigste Preis betrug dabei 738 Schilling, acht Betriebe verlangten 759 Schilling, und der häufigste Preis bewegte sich zwischen 790 und 920 Schilling. Der erhobene Höchstpreis lag sogar bei 1162 Schilling, der somit eine Differenz von 57 Prozent gegenüber dem Niedrigstpreis aufwies. In Großkaufhäusern wurde für dieses Gerät zwischen 743 und 798 Schilling verlangt. Die großen Preisdifferenzen wurden von den Betriebsinhabern damit begründet, daß die älteren Modelle zum Teil teurer eingekauft wurden. Die Kontrollorgane veranlaßten Preisre-

duzierungen bis zu 242 Schilling je Gerät.

Bei zwei weiteren noch überprüften Kaffeeautomatenmarken lag die Differenz zwischen Höchst- und Niedrigstpreis in einem Fall bei 49 Prozent – Preisreduzierungen bis 165 Schilling mußten veranlaßt werden –, im zweiten Fall lediglich bei zwölf Prozent.

Beträchtliche Preisabweichungen fanden sich auch bei den Schnellkochtöpfen. Für einen 4,5-Liter-Schnellkochtopf (ohne Dekor) einer bestimmten Marke wurden 27 unterschiedliche Preise festgestellt, wobei ein Betrieb 885 Schilling verlangte, der Höchstpreis jedoch bei 1399 Schilling lag. Für die Sechsliter-Ausführung des gleichen Gerätes verlangte ein Betrieb 915 Schilling, während der nächsthöhere Preis bereits bei 1050 Schilling und die stärkste Preismassierung zwischen 1379 und 1448 Schilling lag. Der höchste Preis von 1562 Schilling wies gegenüber dem Niedrigstpreis sogar eine Differenz von 70 Prozent auf.

Donau soll wieder „ergrünen“

Großkläranlage soll Wassergüte entscheidend verbessern

LINZ. Der biologische Sektor der Kläranlage Asten befindet sich derzeit in Probetrieb. Daran knüpfen sich die Hoffnungen, daß die Wassergüte der Donau unterhalb von Linz entscheidend verbessert wird. Die Donau oberhalb von Linz ist besser als ihr Ruf. Auf der Wassergütekarte scheint sie mit der Farbe grün

Bis Linz hält der Strom die Marke „grün“ durch. In Linz allerdings treten sehr starke Verunreinigungen auf, die auf der Wassergütekarte als gelbe und rote Karten aufscheinen. Nicht nur die Linzer Industrie ist für diese Verunreinigung verantwortlich, sondern auch die Traun, die beinahe als toter Fluß in die Donau



Glas-Wie-
tung: 00
In Oberöster-
500 neue Sa-
Glas aufgestell-

UdSSR-Fol-
ensemble
in Kapfen-
und Graz

KAPFENBERG
men der „Tage
Österreich“ prä-
reichisch-Sowjetis-
das bekannte
„Bachor“ aus Ust-
Steiermark. Das
aus 40 Tänzerinn-
nen (mit farbigen
men), das sich auf
landstourneen We-

parteiorgan

Montag

W
Favoriten, Gebiete
Tag der offenen
lose Aussprachen,
mensein, 17 bis 19
Simmering, Sekti-
versammlung: Kon-
Vorbereitung de-
18 Uhr, in der W
Troch.

STEIE
Graz, Gebiete E
Mitgliederversamml-
heim Eggenberg, K

Dienstag

W
Simmering, Sekti-
derversammlung:
und Vorbereitung
15 Uhr, in der W
Draskovic.
Sektion Platzek-
lung: Kommunale
tung der Bezirksko-
gasse 8.

Schwere Anschuldigungen gegen Institut Hartheim

Schläge, Beruhigungsmittel und Zwangsjacken für Behinderte?

ALKOVEN. Nicht recht viel geändert scheint sich im Laufe der Zeit, im Institut Hartheim im Gemeindegebiet von Alkoven zu haben. War den behinderten Kindern des „Heimes“ in den Kriegsjahren ein tödliches Ende gewiß, so ist ihnen angeblich auch heute eine wenig liebevolle Betreuung sicher. Das behaupten 14 Therapeutinnen des Instituts, die sich mit schwerwiegenden Beschuldigungen an den Träger dieses

Behindertenheimes, den oberösterreichischen Landeswohltätigkeitsverein, wandten.

So heißt es in dem Schreiben, daß, obwohl körperliche Züchtigungen nicht erlaubt sind, einige Ordensschwwestern die Kinder mit Stöcken, Kleiderhaken und Kochlöffeln „bearbeiten“. „Wenn ein Kind nicht ordentlich ist“, heißt es weiter, „wird es mit Schlägen auf den nackten Hintern gezüchtigt. Wenn die Kinder dann noch immer nicht brav und gesittet bei Tisch sitzen, werden sie an Heizkörper angebunden oder ganz allein in ein leeres,

womöglich dunkles Zimmer gesperrt.“

Unruhige Kinder sollen — so in dem Brief — in eine Zwangsjacke oder in einen engen geschlossenen Zwangsoverall gesteckt werden. Manche würden sogar an Händen und Füßen an die Gitterstäbe ihrer Betten angebunden. In einer der Familien, heißt es in dem Schreiben, wurden einem Kind starke Beruhigungstabletten verschrieben, da es nachts vor Heimweh weinte.

Nach wenigen Tagen meldete sich der Landeswohltätigkeitsverein bei den Beschwerdeführerinnen. In dem Schreiben heißt es u. a., daß es eben Schwierigkeiten gäbe, wo Menschen zusammenarbeiten, daß aber manche Behauptungen als falsch erkannt wurden. Überdies meinen die Wohltätigkeitsvereins-Bosse, daß die ablehnende Einstellung gegen alles Religiöse, was aus der Fragestellung der Therapeutinnen, „ob man diese Zustände als christlich, karitativ, sittlich und religiös bezeichnen kann“, hergeleitet wird, ein Gutteil der Darlegungen entwertet. Sonst wären sie „gerne als positive Kritik aufgenommen worden, um sie zu verwerten und in Gesprächen bessere Lösungen zu erarbeiten“.

Nach zweimonatigem Schweigen lud die Leitung des Landeswohltätigkeitsvereins die Mitarbeiter, die zu diesem Zeitpunkt noch im Institut beschäftigt waren und den Brief unterzeichnet hatten, zu einem Gespräch. Zu den Anschuldigungen, daß geistliche Schwestern Kinder geschlagen hätten, meinte die Leitung, daß man dies sofort Dir. Erber melden sollte. Die Vorsprache zweier Mitarbeiterinnen wegen diesbezüglicher Vorfälle bei der Oberschwester will Dir. Erber nicht bekannt sein. In diesem Zusammenhang soll Dipl.-Ing. Strauch vom Wohltätigkeitsverein gemeint haben, daß Zwangsjacken, Beruhigungstabletten und Einzelisolation als Erziehungsmittel unumgänglich und daher gerechtfertigt seien.

Die 14 Therapeutinnen erklären in ihrem Schreiben, daß sie die Sache vorerst intern regeln wollten. Da sich nichts geändert hat, sehen sie nun die einzige Chance, an die Öffentlichkeit zu gehen, um den behinderten Kindern und Erwachsenen, die in Hartheim leben, zu helfen.

*mit freundlicher Genehmigung
des ÖÖ. Tagblattes.*

Abtreibung

„Selbstoffenbarung des Bösen“

Goebbels-Diktion widerhallte im Salzburger Dom: „Sie sehen, was geschieht, wenn das Gehirn ein Anhängsel der Sexualorgane wird, denn dann kann man nur mehr pfeifen und schreien.“ Nach diesen Worten eines „unserer zwei Herren aus Deutschland“ (so Stadtpfarrer in Ruhe Franz Wesenauer über anwesende Gastdemonstrierer) ein erleichtertes „Halleluja“ aus knapp hundert Kehlen, ein Erinnerungsfoto der „Plattform Ärzte für das Leben“ von Pornospezialist Martin Hummer eigenhändig geknipst. Und die erleichterte Meldung: „Der Spuk ist weg!“

Gespuht hatte es vorher auf dem Domplatz. Denn während sich SP-Funktionäre vorgenommen hatten, die „Mobilmachung gegen die Diktatur der Unzucht“ (Transparenttext) im Schatten ihres Altstadt-Maifestes nicht einmal zu ignorieren, fanden sich „Mitglieder linker Splittergruppen“ ein und sorgten (trotz Schnürregens) aus der Sicht der „Salzburger Nachrichten“ für „Gewitterstimmung“. Dank nämlich, als die „Ärzte“-Plattform (Erscheinungsbild: ländlich; Durchschnittsalter: gute sechzig) durch ebenso sittenstrenge NDPler Verstärkung erfuhr.

Daß die gegendemonstrierenden „Verblendeten“ (Ex-Pfarrer Wesenauer) es bei verbalen Unmutsäußerungen beließen, mag die Moralisten indes verwundert haben. Denn: „So lange wehrloses Leben getötet wird, sind wir im Kriegszustand!“

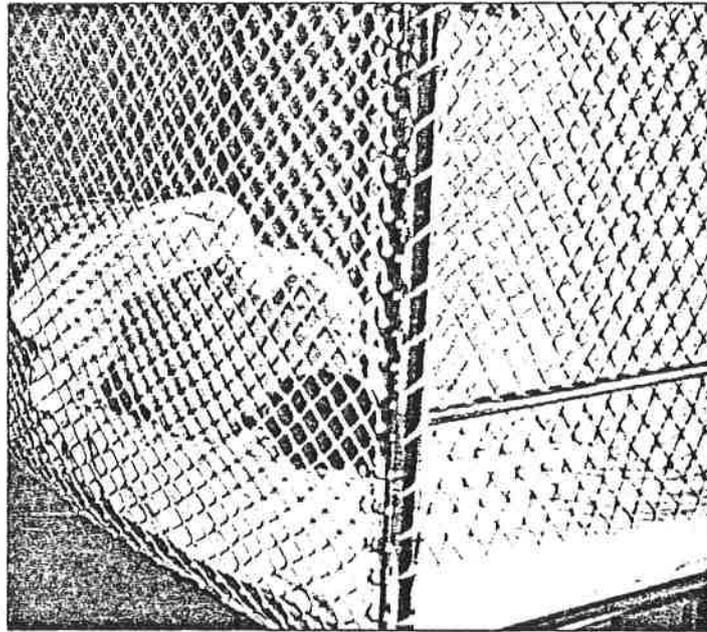
Hans Lindenbaum

Mit Prügel und Bibel

In Hartheim nichts Neues

Reaktionen auf die Veröffentlichung von Berichten über skandalöse Vorfälle bei der Behandlung von Behinderten im oberösterreichischen Institut Hartheim (EB 5/82) konnten nicht ausbleiben. Jedoch nicht in der Art, wie allgemein angenommen oder zumindest erhofft wurde. Die Enthüllungen über prügeln des Pflegepersonal, die völlig unzulängliche Betreuung der Zöglinge und die unübersichtliche Finanzgebarung des Heimträgers, des „Oberösterreichischen Landeswohltätigkeitsvereins“, hatten nicht etwa strukturelle Überlegungen zur Folge. Schwerstbehinderte der Obhut zweifelhafter „uneigennütziger Vereine“ vollkommen unkontrolliert zu überlassen, wurde nicht in Frage gestellt. Auch jene geistlichen Schwestern, die gerne Kleiderhaken oder Besen als therapeutische Hilfsmittel anwenden, werden dies weiter unbehelligt tun dürfen.

Die Reaktionen bekommen jene zu spüren, die sich gegen die Zustände aufgelehnt hatten: „13 Ver-



Behindertenheim Hartheim:

weise, eine erzwungene Selbstkündigung und eine Entlassung“, zieht Betriebsrat Erwin Schiefersteiner Bilanz.

57 Kindergärtnerinnen, die sich mit ihrer Betriebsrätin unterhalten hatten, bekamen dafür drei Stunden von ihrem Gehalt abgezogen, sowie einen Verweis wegen „Mangel an Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein“.

Eine weitere Beschwerdeführerin, die Kindergärtnerin Marianne Schames, kam weniger billig davon. Sie wurde entlassen, weil sie sich zwei Minuten lang nicht bei den Kindern aufgehalten, sondern bei den Vorbereitungen zum Mittagessen mitgeholfen hatte. Dabei hört man von geistlichen Schwestern, die oft stundenlang die Kinder alleinlassen.

Schon zweimal wurde gegen die Pflegerin Maria Sandberger die Kündigung ausgesprochen — jedesmal mußte sie wegen eines Formfehlers zurückgezogen werden. Als ihr daraufhin die Arbeit unerträglich gemacht worden war, ging sie von selbst — nicht zuletzt, weil sie in der Pflegeanstalt Piusheim in Peuerbach eine bessere Stelle in Aussicht hatte. Wenige Tage vor Dienstantritt wurde ihr mitgeteilt, ihre Stelle wäre bereits besetzt. Maria Sandberger hatte nicht die engen Verflechtungen in der oberösterreichischen Behindertenszene bedacht: das Piusheim untersteht der Caritas und auch hier laufen die Fäden wieder in der Person des Behinderten-Multi Pater Georg Erber zusammen.

Die Untersuchungen des Landes Oberösterreich über die Vorfälle in Hartheim sind nun abgeschlossen. Die Mißstände wurden bestätigt, Konsequenzen werden aber, darüber macht man sich auch in der Landesregierung keine Illusionen, ausbleiben: „Bestenfalls ein paar kosmetische Änderun-

Suche nach Informanten

gen, vielleicht eine Versetzung — für die Opfer wird alles beim Alten bleiben.“
Werner Schima

Pharma-Industrie

Die Erfindung der Krankheit

Das Gesundheitswesen ist nicht für die Menschen da. Im Gegenteil, es ist ein Krankheitswesen, weil es die Patienten braucht um ertragreich und in Schwung zu bleiben. So Ivan Illich, Priester und — seit seiner Laisierung — trefflicher Prophet aus Wien, zum Medizinestabliement. Die vor wenigen Jahren erfolgte Erklärung des erhöhten Blutdrucks zur Krankheit erhellt Illichs Kritik deutlich: laut „New Scientist“ verkaufte die Pharmaindustrie in Großbritannien im Jahre 1980 um 240 Millionen Schilling drucksenkende Medikamente. Mit der Diagnose „Bluthochdruck“ werden zum größten Teil symptomfreie und zum etwas kleineren Teil pumpergesunde Menschen zu Dauerpatienten krank gemacht und für den Rest ihres Lebens in die Arme der Ärzte und der pharmazeutischen Industrie heimgeholt. Da die Kampagne „Jeder Bluthochdruckpatient ist ein Infarkt kandidat“ auch bei uns läuft, trifft dies ebenfalls für Österreich zu.

Immerhin gibt es heute auch schon Mediziner, die sich gegen solch Krankmachen wehren. In den angesehenen Zeitschriften „Science“ und „New England Journal of Medicine“ war jüngst zu lesen, daß

- die üblichen Blutdruckmessungen unverläßlich sind und in der Regel nur einer aus fünf solcherart festgestellten Hochdruckpatienten, tatsächlich ein Hochdruckfall ist;
- daß von den letzteren Fällen

nur ein winziger Teil später einen Infarkt oder Schlaganfall bekommt, also ein echter Risikofall ist;

● es unter diesen Umständen fragwürdig ist, alle Patienten bei denen das Gerät Bluthochdruck anzeigt, mit einer lebenslangen Medikation zu bombardieren.

Denn, so Doktor William Miall von Englands Medical Research Council, die Nebenwirkungen der Mittel, treten so häufig auf, daß man sie nicht von der Hand weisen kann. In einer Fünf-Jahres-Studie der Council stiegen je nach Mittel 17 bzw. 15 Prozent der Männer und 13 bzw. 18 Prozent der Frauen aus, weil sie die Belastung durch die Nebenwirkungen der gegen ihren Bluthochdruck eingenommenen Mittel als zu groß empfanden (in der Placebo-Kontrollgruppe beklagten sich nur sechs Prozent der Männer und Frauen über Nebenwirkungen).

Die ungewollten Pilleneffekte, je nach Präparat verschieden stark und verschieden oft auftretend: bei Frauen sind es häufige Erkältungen, Taubheit in Fingern und Zehen, verlangsamer Schritt, trockener Mund; bei Männern tritt Erbrechen, Übelkeit, Schnelalmigkeit und Schwindel, manchmal gar Impotenz auf.

Der Arzt muß also zwischen der Notwendigkeit den Blutdruck als Risikofaktor zu senken und den möglicherweise auftretenden Nebenwirkungen abwägen. Es gibt unter den vielen Hochdrucklern die wenigen echten Risikofälle herauszufinden. Dafür hat die Medizin noch keine sichere Methode bereitgestellt. Es bleibt der Hausarzt, der seinen Patienten kennt und intuitiv die Lage richtig abschätzen kann. Wie sich inzwischen herumgesprochen hat, wird dieser Typ Arzt auf Grund eines falschen Kassenhonorierungssystems immer seltener.

Ketzer unter den Herzspezialisten (vornehmlich jene, die nicht der Internationalen Gesellschaft für Hypertonie angehören; Mitglieder der Gesellschaft legten jüngst Daten vor, daß das Herztodesrisiko für Pillenschlucker innerhalb von fünf Jahren um 45 Prozent sinke) behaupten, daß eben bei Pillenschluckern bisher keine nennenswerte Senkung des Risikos zu belegen sei. Die beträchtliche Verminderung der Herztodesfälle in den USA gehe ausschließlich auf die Änderungen der Lebensgewohnheiten zurück. Zudem könne der Blutdruck durch die Verringerung der Salzmenge in Essen leicht um jenen Betrag — etwa 6 Prozent — gesenkt werden, den die Medikamente bewirken.

Es ist jedoch zu befürchten, daß die wissenschaftliche Untermauerung der Gleichwertigkeit der nebenwirkungsfreien Kochsalzreduktion und der vielleicht schädlichen Dauer-Medikation unterbleibt. Für eine kostenlose hausgemachte Diät kann man keine Pharmaforschungsmittel erwarten. Und — nach Illich — wohl auch von keiner anderen Institution. Eine simple Diät entzöge den Gesunden einem System, das von Kranken lebt.

amerikanischen Entwicklungsbank. Selbst der Präsident Kolumbiens, Julio Cesar Turbay Ayala, war unter enormem Sicherheitsaufwand angereist, um die Banker zu begrüßen.

Vertreter aus den 43 Mitgliedstaaten (davon 27 Staaten aus Nord- und Südamerika) re- und konferierten über die nächste Zukunft „ihrer“ Entwicklungsbank. Das erklärte Ziel dieser 1953 gegründeten Institution ist es, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der lateinamerikanischen Region zu unterstützen. Im Laufe der Jahre wurden über diese „Recycling Vehicle“ Kredite in der ansehnlichen Höhe von insgesamt rund 340 Milliarden Schilling (20 Milliarden US-Dollar) für genehmigte Projekte vergeben. Zusätzlich lateinamerikanischer Eigenmittel bedeutet dies die Finanzierung von Vorhaben im Wert von 1.300 Milliarden Schilling oder 80 Milliarden US-Dollar. 24 Prozent dieser Mittel fließen der Landwirtschaft und Fischerei zu; der Energiebereich und die Industrie verschlingen weitere 40 Prozent des Geldkuchens.

Diese Schwerpunkte der Geldvergabe läßt — vor allem für Außenstehende — Kritik an der „Entwicklungsbank-Technokratie“ aufkommen: Der gesamte schulische und universitäre Sektor muß sich nämlich gemeinsam mit dem medizinischen mit geringen 15 Prozent zufrieden geben. Diese unter anderem bei lokalen Entwicklungshelfern konstatierten Zweifel an industriellen Großprojekten, die — zumindest vorerst — wieder nur den reichen Schichten zugute kämen, sind jedoch nur in Relation zum Gesamtnutzen, den die lateinamerikanischen Nationen aus dieser Institution gewinnen, zu sehen. Denn die Realität der Interamerikanischen Entwicklungsbank, die zu einem wesentlichen Teil von den USA finanziert wird, verbietet Träume über die Förderung alternativer Entwicklungsmodelle.

So besteht der Vorteil der IDB darin, daß sie als Schuldner auf den internationalen Kapitalmärkten auftritt, erstklassige Konditionen erhält und die so geborgten Gelder an einzelne Projekte in den Zielregionen zuleitet. Wobei das pragmatische Management die Finanzierung „konservativer“ Projekte bevorzugt — zu Lasten etwa einer intensiveren Aufpöppelung des desolaten Schulwesens.

Hinzu kommt, daß der jeweilige südamerikanische Staat überhaupt nicht in der Lage ist — und wenn, dann nur zu eindeutig schlechteren Konditionen — sich entsprechende Finanzierungsmittel selbst zu beschaffen. Ihr Charakter einer internationalen Organisation stellt die Interamerikanische Entwicklungsbank (mit der Rückendeckung durch 43 Mitgliedsstaaten) in den Augen der weltweiten Finanzmagnaten in ein weitaus günstigeres Licht als die armen Lateinamerika-Länder.

Anlässlich der diesjährigen Jahrestagung versuchte der Vertreter der USA, den unbehaglichen und unverständlichen Standpunkt seiner Administration klarzulegen: Von Entwicklungshilfe scheint man in Washington immer weniger wissen zu wollen; zumindest kosten soll sie nichts. Der Präsident der IDB schloß seine Rede mit den pathetischen Worten: „Lateinamerika befindet sich am Wendepunkt.“ In welche Richtung sich die Entwicklung vollziehen wird, hängt wesentlich von den Funktionären der IDB und deren Weitblick ab.“

Andrea Schurian
(dzt. Bogota)

Behindertenheim Hartheim

Mit Prügel und Bibel

Als sich Teile des Pflegepersonals über Unzulänglichkeiten im oberösterreichischen Behindertenheim Hartheim beschwerten, erklärte Landeshauptmann Ratzenböck, er könnte das alles nicht glauben. Er wird seine Vorstellungskraft anstrengen müssen. Die Wirklichkeit ist noch viel düsterer und brutaler.

Das Institut Hartheim bei Alkoven in Oberösterreich hat Tradition. 1938 wurde das ehemalige Starhembergische Schloß als Euthanasieanstalt zur Vernichtung „unwerten Lebens“ eingerichtet. Zum Zwecke der „Sühne und moralischen Wiedergutmachung“ baute man es 1962 als Institut zur Betreuung schwerstbehinderter Kinder neu auf.

Über 260 Kinder sind in der Anstalt, „wo alle diejenigen hinkommen, die anderswo nicht mehr gehalten werden können“, (Therapeutin Gabriele Maierhofer). Als Ende letzten Jahres einige Pflegerinnen und Pfleger Unzulänglichkeiten feststellten und sich mit einem Beschwerdebrief an verantwortlichen Stellen wandten, gab es vorerst bis auf eisiges Schweigen und Kündigungsdrohungen keine Reaktionen. Geführt wird Hartheim vom katholischen Oberösterreichischen Landeswohltätigkeitsverein, der sich erst nach Monaten zu einem Gespräch mit den Beschwerdeführern bereitfand. Sein Obmann, Dipl.-Ing. Anton Strauch, bekam da beispielsweise zu hören, daß bewegungsunfähige Kinder ganze Wochenenden lang in ihren Gitterbetten eingesperrt bleiben und weder gewaschen noch umgezogen werden.

Einzige Form der Betreuung: die Kinder werden in ihrem Kot liegend von den Schwestern gefüttert. Besondere Delikatesse: ein Koch aus mit Wasser verdünntem Leberbrot-aufstrich und zerkleinertem Brot — ein Hausgeheimnis der Stationsschwester Juliane. Auch sonst erfolgt die „Fütterung jenseits aller neuerer therapeutischen Erkenntnisse“, sodaß „eine schrittweise Verbesserung unmöglich wird“ (die Beschwerdeführer). Zynischer Kommentar der Verantwortlichen: „Der Erfolg bei den Kindern ist so gering, daß es sich gar nicht auszahlt, sie vorschriftsmäßig zu füttern.“ (Strauch)

Verhalten sich die Kinder einmal unkommod, sind Beruhigungstabletten und Zwangsjacken beliebte Erziehungsmittel und rasch bei der Hand. Truxal, Valium, Melleril oder Leponex werden je nach Aggressionsgrad der Pfleglinge dosiert. Auch die sexuellen Bedürfnisse der Behinderten können von der Geistlichkeit natürlich nicht geduldet werden: „Bei befürchteter Selbstbefriedigung wird hauptsächlich die Zwangsjacke verordnet“ (Pfleger Erwin Schiefersteiner). Was zu schweren seelischen Verkümmern führt: „Die es trotzdem schaffen, stehen dann auf das Zwangsjackerl“. Derartige Erziehungsmethoden werden oben begrüßt. Dipl.-Ing. Strauch: „Zwangsjacken, Beruhigungsmittel und Einzelsolation sind als Erziehungsmittel unumgänglich und durchaus gerechtfertigt.“

Wenn das alles nichts fruchtet, werden wiederum andere Saiten aufgezogen. Hat sich auch in der Theorie schon bei allen Richtungen herumgesprochen, daß körperliche Züchtigung als Methode eher abzulehnen ist — in Hartheim ist auch alle Theorie grau.

Die Praktikerinnen im geistlichen Gewand greifen recht oft und gern zum Prügel und sind dabei durchaus nicht wählerisch. Stekken, Kochlöffel und Kleiderhaken gehören zum breitgetächerten Instrumentarium. Ingrid Rappold, bis Herbst 1980 in Hartheim beschäftigt, mußte „fast jeden Tag mitansehen, wie Kinder mißhandelt wurden, ihnen oft das Blut aus Mund und Nase schoß.“

Eine Beobachtung, die von dreizehn weiteren, teilweise ehemaligen Pflegerinnen und Pflegern geteilt wird. Rappold weiter zu Extrablatt: „Anfangs wurden die Kinder vor meinen Augen geschlagen. Nach meinen Interventionen sperrte sich die meine „Familie“ leitende Schwester mit dem jeweiligen Kind ins Bad ein und setzte dort ihre Therapie mit Stangen, Besen und Schuhen fort. Schließlich wurde nur mehr in der Nacht geprügelt, wenn ich bereits außer Dienst war.“

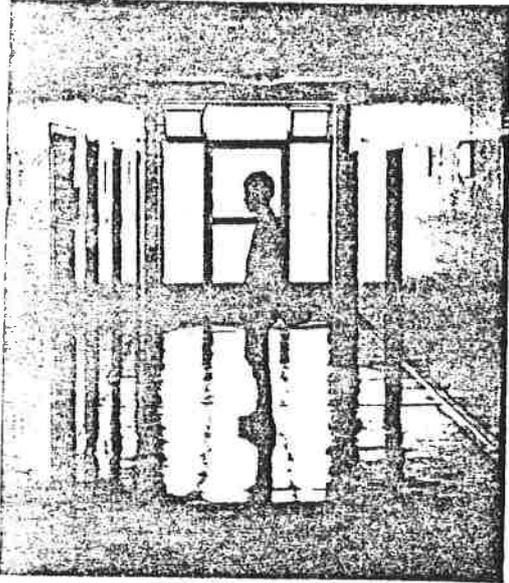
Die Spuren dieser Behandlung wären in den Gesichtern der Kinder deutlich abzulesen gewesen: „Die Kinder sind total verschüchtert. Kurz vor meiner Kündigung zeigte ich ein Kind unserem Betriebsrat. Es war voller Striemen am ganzen Körper, bedeckt von faustgroßen Blutergüssen. Auch der Rücken war voll, ein Auge geschwollen.“ Vom Betriebsrat zur Rede gestellt, berief sich die Schwester auf die Bibel: „Wer sein Kind liebt, der züchtigt es.“

Und: „Die sind ja so arm, die verstehen es nicht anders.“ Im Landeswohltätigkeitsverein zeigt man auch für solche pädagogische Auffassungen rührendes Verständnis: „Die Schwestern müssen ja mit ihrer Einsamkeit fertig werden.“ Erwin Schiefersteiner konzediert zwar, daß es „natürlich auch engagierte Schwestern gibt, manche jedoch reagieren unbewußt ihren Aggressionsstau an den Kindern ab.“

Greift auch das pädagogische Mittel der Prügelstrafe nicht, wird „eingesperrt“. „Wenn die Kinder dann durchdrehen, werden sie ins dunkle Kammerl gesperrt“ (Rappold). Wëf nicht brav ißt; bekommt seine Lektion: Angela Zwertler, bis vergangenen November in Hartheim beschäftigt: „Wenn ein Kind nicht ordentlich ißt, wird es mit Schlägen auf den nackten Hintern gezüchtigt. Wenn es dann noch immer nicht gesittet bei Tisch sitzt, wird es an einen Heizkörper gebunden oder in ein dunkles Zimmer gesperrt.“

Extrablatt entdeckte bei seinen Recherchen noch weitere Unzulänglichkeiten. Ein Teil der Kinder muß von halb fünf nachmittags bis sieben Uhr morgens ohne Beschäftigung still im Bett liegen. Aufgrund mangelnder Bewegungsmöglichkeiten tagsüber sind die Kinder im Bett oft ausgesprochen unruhig. Was mit ihnen dann passiert, schildert die Pflegerin Veronika Zsinkovits an einem Beispiel: „Ein Kind wurde deshalb in die Zwangsjacke gesteckt und an Hüfte und Knöcheln die ganze Nacht hindurch an sein Bett gefesselt.“

Besagter Oberösterreichischer Landeswohltätigkeitsverein ist Teil eines Duopols, das den oberösterreichischen Behindertenmarkt beherrscht (ein hoher Beamter der Landesregierung). Neben der evangelischen Diakonie, die das Heim in Gallneukirchen führt, werden die drei übrigen Behinderteninstitutionen von einer Clique katholischer Vereine und Würdenträger geleitet. Im Vorstand des Landeswohltätigkeitsvereins finden sich illustre Persönlichkeiten wie der Präsident der oberösterreichischen Caritas, Prälat Hermann Pfeiffer — die Caritas führt auch das Piusheim in Peuerbach — und Pater Georg Erber, die „graue Eminenz der hiesigen Behindertenpolitik.“ (derselbe Beamte).



Ausschußobjekt Behinderte
Schnitzel von Vater Direktor

Dieser Pater Erber zeichnet sich durch besondere Emsigkeit aus. Er war früher an leitender Stelle in Peuerbach engagiert, ist nun ehrenamtlicher Direktor in Hartheim und Direktor der Landessonderschule mit Internat St. Isidor bei Leonding. Berichte aus dem Alltag überraschen durch ihre Ähnlichkeit mit schon Gehörten aus Hartheim. Überhaupt halten Kenner der Szene die Zustände in Hartheim zwar für die brutalste Ausprägung, nicht aber für die böse Ausnahme einer heilen Regel in der oberösterreichischen Behindertenwirklichkeit.

St. Isidor wird von Pater Erber abwechselnd mit Strenge und Güte beherrscht. In jeder „Familie“ — einer von jeweils zwei Pflegerinnen geführten Kleingruppe — übernimmt er selbst die Vaterrolle. Konsequenterweise hat man ihn auch als „Vater Direktor“ anzureden. Ehemalige Isidorianer geben an, ihr Verhältnis zum „Vater Direktor“ wäre eher von Furcht als nur von Respekt getragen gewesen. Auch hier soll es durchaus an der Tagesordnung sein, daß renitente Schutzbeholfene zum Zwecke der Besserung in dunkle Kammern gewiesen werden. Dafür wird an ohen Feiertagen wie „Vater Direktors“ Geburtstag Schnitzel für alle gereicht. Mit der therapeutischen Behandlung scheint man es auch hier nicht allzu genau zu nehmen. Der als psychologie-feindlich verschriene Pater hat jedoch Ersatz anzubieten. Er pocht offensichtlich darauf, daß der Glaube nicht nur Berge ver-, sondern auch Therapie ersetzen kann. Jeden Tag haben sich die Kinder um halb sieben Uhr früh zum Gottesdienst einzufinden.

„Es ist halt schwer, den Leuten beizubringen, daß die öffentliche Hand für „solche“ Kinder mehr ausgeben soll“, rechtfertigt der Erber den geringen Aufwand für ausgebildetes Personal und geeignete Methoden. Er weist auch sonst sehr imagebedacht — ihm werden kräftige Ambitionen nachgesagt, Prälat Pfeiffer als Präsident der oberösterreichischen Caritas nachzufolgen — alle Anschuldigungen zurück. An versprochenen „Gegendarstellungen“ schickte er jedoch nur buntes Prospektmaterial.

Überhaupt ist die Finanzgebarung mancher wohltätiger Vereine einigen Leuten der oberösterreichischen Landesregierung suspekt. „Da fließen ungeheure Subventionen erstaunlich unkontrolliert an derartige Vereine. Die versuchen dann durch Erlagschein-

und Spendenaktionen den Eindruck der Eigenfinanzierung zu erwecken, werden aber fast ausschließlich durch die öffentliche Hand bezahlt“, meint ein Beamter gegenüber Extrablatt. Pater Erber sollen dabei seine freundschaftlichen Bande zum Landeshauptmann sehr zugute kommen. Ein Vorwurf, den Erber ebenso nicht gelten lassen will. Er streitet zwar seine Freundschaft zu Ratzenböck nicht ab, behauptet aber, er werde „vom Land genauso wie alle anderen immer wieder vertröstet.“

Fest steht allerdings, daß beim Personalaufwand gespart wird. Ehemalige Hartheim-Mitarbeiter schätzen den Prozentsatz qualifizierten Personals auf etwa 10 Prozent. Lediglich zwei Therapeutinnen können eine einschlägige Ausbildung nachweisen. Der Rest entfällt zum überwiegenden Teil auf sehr billige ungeschulte Arbeitskräfte: Hausfrauen, beziehungsweise fünfzehn- bis sechzehnjährige Mädchen aus der Umgebung, die anderswo keinen Arbeitsplatz finden. Wirklich dirigiert wird Hartheim von den in eine strenge Hierarchie eingebundenen 31 Ordensschwestern unter der Leitung von Oberschwester Rhabana. Auch sie sind in den seltensten Fällen für Behindertenpflege ausgebildet.

Manche Eltern von Kindern, die die Sonderschule St. Isidor besuchen, glauben einen weiteren Ansatzpunkt für außerordentlich gute Beziehungen zwischen Erber und dem Land Oberösterreich zu sehen. Bisher wurde der Schülertransport vom Arbeiter-Samariterbund durchgeführt. Nun weigert sich plötzlich die Finanz-Landesdirektion trotz Weisung des Finanzministeriums, die Schülerfreifahrten zu bezahlen. Der Schülertransport wurde dem Leondinger Privatunternehmer Albert Kefer zugeschanzt, dessen Fahrzeuge für den Transport Behinderter allerdings nicht geeignet sind. Eltern vermuten nun, daß so Druck auf sie ausgeübt werden soll, ihre schwerbehinderten Kinder ins Internat zu schicken. Der Vater eines betroffenen Kindes: „Weil die Subventionen von der benützten Bettenzahl abhängig sind, soll das offensichtlich das Heim mit allen Mitteln ausgerollt werden.“

Radl-Anschober/Werner Schindl

Frauenmißhandlung

Gefallene Mädchen

Von zehn Männern, die der Vergewaltigung angeklagt sind, werden nur drei verurteilt.

Der Brief an die Extrablatt-Redaktion schilderte die Ereignisse einer bemerkenswerten halben Stunde. Ein junges Paar, das Zeuge der in aller Öffentlichkeit stattfindenden Prügelorgie eines Mannes gegen eine ihm offenbar nahestehenden Frau geworden war, nahm sich des Opfers an und fuhr mit ihm zur nächsten Polizeiwache. Die Aussage der Frau, der Gewalttäter sei ihr Gatte, genügte den anwesenden Beamten, um den Konflikt mit Einfühlungsvermögen zu bereinigen: „Der wird scho g'wußt ham, warum er ihr ane geb'n hat. Wahrscheinlich hat ihr ane gebührt.“

Die beiden Zeugen bekamen ebenfalls die Rechnung für ihr ungebetenes Erscheinen präsentiert: „Was mischen sie sich da überhaupt ein? Was geht sie das Ganze an? Hauns ab!“

Der Versuch, die Unruhestifter sanft aus der Wachstube hinauszudrängeln, wurde

erst von einem väterlich-abgeklärten Dienstältesten gestoppt, der auch für den glimpflichen Ausgang der brenzigen Situation sorgte. Von einer Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde ebenso großzügig Abstand genommen wie von einem Strafmandat wegen Parkens im Halteverbot vor dem Kommissariat. Der mittlerweile erschienene Ehemann geleitete seine Frau fürsorglich nach Hause.

Eine Amtshandlung, welche Mitarbeiterinnen der beiden Wiener Häuser für geschlagene Frauen an ähnliche Erlebnisse ihrer Schützlinge erinnert, allerdings mit der Einschränkung: „Es gibt auch wirklich nette Beamte, die sich mit großem Einsatz um mißhandelte Frauen kümmern. Nur sind die halt leider Ausnahmen.“

Wer besonderes Glück hat, gerät außerdem noch an einen Hobbypsychologen und wird gleich der ihm angemessenen Behandlung zugeführt.

Fälle, in denen Frauen, deren Hilfeschreie der Umgebung unangenehm in den Ohren tönten, wegen Hysterie oder möglicher Selbstgefährdung in psychiatrische Abteilungen eingeliefert wurden, besitzen durchaus keinen Seltenheitswert. Wobei selbst die meist kurze Dauer dieser Aufenthalte äußerst unangenehme Folgen haben kann, wenn etwa in einem späteren Scheidungsverfahren oder in einem Prozeß um das Aufsichtsrecht über die Kinder der Gatte genötigt auf die „Irrenhaus“-Erfahrungen seiner Frau verweist.

Nicht immer ist die Bekanntheit mit der Psychiatrie also so wohltuend wie für jene abgerackerte Jugoslawin, der die fassungslose Diagnose ihres Angetrauten bei der Aufnahme — „Frau will nix arbeiten. Muß krank sein im Kopf“ — wenigstens zu einigen erholenden Tagen verhalf.

Wem aus verständlichen Gründen am meisten vor dem Gang zu Polizei und Amtsarzt graut, der kann sich seit dem 8. März telephonisch Rat und Begleitung holen. Unter der Nummer „56 72 13“ wurde Wiens erster „Notruf für vergewaltigte Frauen“ installiert, der rund um die Uhr einen Tonbanddienst laufen hat und neben persönlicher Unterstützung auch Kontakte zu Anwälten und Ärzten vermittelt.

Der Bedarf an dem von 15 Frauen gegründeten Service wurde von fast allen offiziellen Stellen bisher heruntergespielt. Ein Beamter beliebte, als bei ihm vorgespochen wurde, bedeutungsvoll zu scherzen: „Ah ja, die Damen vom Verein für gefallene Mädchen.“

Dabei übertrifft die Nachfrage selbst die Erwartungen der selbstbewußten Initiatorinnen. Das Tonband ist ständig voll besprochen, die geschilderten Fälle machen deutlich, wie wichtig Aufklärung und Rückendeckung in einer solchen Situation sein können. Eine zweimal vergewaltigte und entsprechend verstörte Frau wurde von der Polizei wegen ihres „akut psychotischen Zustandes“ nach Steinhof eingeliefert, eine andere nahm nach intensivem Zureden ihre Anzeige wieder zurück — seitdem läuft ein Verfahren wegen Vortäuschung einer strafwürdigen Handlung gegen sie.

Trotz solcher Praktiken ist es den Mitarbeiterinnen des Notrufs nur dreimal wöchentlich möglich, persönlich anwesend zu sein, da sie alle berufstätig sind und Lokalmiete plus entsprechend hoher Telefonrechnung aus eigener Tasche bezahlen.

Obwohl intensiv mit dem Thema befaßt, wollen sie doch keine Allerweltstips geben,



In der Zwangsjacke auf's Klo

Aus: Remise 3/82

»Wer sein Kind liebt, züchtigt es ...«

„Der Errichtung des Institutes Hartheim lag die Absicht zugrunde, eine moralische Wiedergutmachung und positive Bewältigung der Vergangenheit des anschließenden Schlosses Hartheim, wo in der NS-Zeit zehntausende Schwerstbehinderte vergast wurden, aufzuzeigen.“
Zitat aus einem Informationsblatt von Dir. Erber.

Eine Gruppe von noch im Institut Tätigen bzw. schon ausgeschiedenen Mitarbeitern haben diese moralische „Wiedergutmachung“ kennengelernt.

260 schwerstbehinderte Kinder bzw. Jugendliche müssen in dieser „Aufbewahrungsstätte“ ihr Leben verbringen. Sie sind in 20 Familien (je 13 Kinder mit verschiedensten Behinderungsgraden) aufgeteilt, und werden zum Großteil von unausgebildetem Personal betreut.

Der rechtliche Träger des Institutes ist der O.Ö. Landeswohltätigkeitsverein. Dem pädagogischen Leiter Dir. Erber untersteht die Sr. Oberin Rhavana, die für alle innerbetrieblichen Angelegenheiten verantwortlich ist. Die „Verantwortung“ der einzelnen Familien liegt jeweils bei einer vielfach pensionsreifen, geistlichen Schwester. Ein Teil dieser Schwestern können sich aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse den Kindern kaum verständlich machen. – Ohne Ausbildung, kaum praktische Umwelt Erfahrungen durch das Ordensleben ist sie aber unumschränkte Herrin über Kinder und Betreuer. Sie ist für *alles* verantwortlich – darf alles tun und wird von der Oberin gedeckt.

Viele Mitarbeiter gingen mit Idealismus, großem Interesse und Einsatzbereitschaft in ihre zugeteilte Familie. Doch bald wurden wir vor die Tatsache gestellt, daß Putzarbeiten und Flickarbeiten den ersten Rang einnahmen und die Förderung der Kinder vollkommen nebensächlich

